

Vorlage Nr. IX 3/2013		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 3

Anträge zum Stellenplan 2014/2015 Umweltschutzamt (Amt 58)

A Problem

Die Ämter sind aufgefordert, die Anträge zum Stellenplan 2014/2015 mit der Stellungnahme des jeweiligen Fachausschusses dem Personalamt bis zum 30.04.2013 einzureichen.

Eine fristgerechte Stellungnahme des Bau- und Umweltausschusses konnte nicht herbeigeführt werden, da die Aufforderung zur Abgabe von Stellenplananträgen nach dem Vorversand für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 11.04.2013 eingegangen ist. Es ist jedoch möglich, die jeweilige Stellungnahme unmittelbar nach der anstehenden Fachausschusssitzung nachzureichen.

B Lösung

Stellung zu nehmen ist zu folgenden 3 Anträgen des Umweltschutzamtes:

Stelle Nr. 21 006 Techniker in der Wasserbehörde
Stelle Nr. 21011 Dipl. Geologe in der Wasserbehörde
Stelle Nr. 31 001 Sachbearbeiterin in der unteren Naturschutzbehörde

Zusammenfassend schlägt das Umweltschutzamt vor, den Stellenplananträgen zuzustimmen und die entsprechende Stellungnahme dem Personal- und Organisationsausschuss zuzuleiten.

C Alternativen

Keine, die aufgrund der Beschlusslage empfohlen werden könnte.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche / Klimaschutzzielrelevante

Auswirkungen / Genderprüfung

Für die Stellen Nr. 21 006 und 21 011 liegt seitens des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr mit Zuwendungsbescheid vom 22.03.2013 eine Finanzierungszusage in vollem Umfang bis zum 31.12.2018 aus Landeshaushaltsmitteln vor.

Das Personalkostenbudget für die Stelle Nr. 31 001 beläuft sich für eine 0,5 Stelle nach TVÖD 8 für die HH-Jahre 2014/2015 auf jeweils ca. 24.340,-- €. Das hierfür nötige Budget muss im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für die Jahre 2014/15 beim Kapitel 6502 zur Verfügung gestellt werden.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Für eine Gleichstellungsrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte.

E Beteiligung / Abstimmung

Dieser Stellenantrag ist über das Personalamt dem Personal- und Organisationsausschuss mit dem Votum des Bau- und Umweltausschusses zuzuleiten.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach dem Bremischen Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG) ist nicht erforderlich.

G Beschlussvorschlag

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt den anliegenden Stellenplananträgen unter Vorbehalt des Haushaltes 2014/15 zu und empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen.

gez.
Anke Krein
Stadträtin

Anlage 1: Stellenplanantrag Nr. 31 001
Anlage 2: Stellenplanantrag Nr. 21 006
Anlage 3: Stellenplanantrag Nr. 21 011